

## Der bezahlte Putsch

Golfspiele am Nil als Herausforderung für den Westen

Stephan Roll

Die westliche Diplomatie wurde mit der Absetzung des gewählten Präsidenten Mohammed Mursi, der Verhaftung der Führungsriege der Muslimbruderschaft und der Aussetzung der Verfassung durch die ägyptische Militärführung vor vollendete Tatsachen gestellt. Damit sind die Bemühungen Deutschlands, der EU und der USA um eine politische Lösung, die alle Kräfte einbezieht, vorerst gescheitert. Gab es anfangs die Hoffnung, dass der Militärputsch in Kairo Auftakt für einen demokratischen Neustart sein könnte, so ist mittlerweile deutlich geworden, dass Ägypten in autoritäre Herrschaftsmechanismen der Mubarak-Ära zurückfällt. Unverhältnismäßige Polizeigewalt, Massenverhaftungen und massive Einschränkung der Medienfreiheit sind dafür klare Indizien. Wie hilflos die westliche Diplomatie diesen Entwicklungen gegenübersteht, wurde bei der Räumung der von Muslimbrüdern besetzten Plätze in Kairo deutlich. Sowohl die Vermittlungsbemühungen der EU als auch der USA blieben erfolglos. Mit über 600 Toten an nur einem Tag gab es ein in der neueren ägyptischen Geschichte beispielloses Massaker. Offensichtlich war es die Militärführung, die einen Erfolg der Vermittlung nicht wollte.

Das äußerst selbstbewusste Auftreten der ägyptischen Generäle gegenüber engen Verbündeten wie den USA erklärt sich vor allem durch die großzügigen Finanzhilfen aus der Golfregion. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait hatten der neuen ägyptischen Führung innerhalb von nur 24 Stunden nach der Machtübernahme zwölf Milliarden US-Dollar an Soforthilfen und Krediten in Aussicht gestellt. Diese massive Unterstützung dürfte für die Generäle nicht überraschend gekommen sein. Im Gegenteil – sie waren eine notwendige Bedingung für den Putsch. Denn ohne das Wissen um die Zahlungsbereitschaft der Golfstaaten hätten die Generäle kaum ein Interesse gehabt, die Macht und damit auch die Verantwortung für die Wirtschaft zu übernehmen. Letztlich sind es die Golfmilliarden, die den völligen

wirtschaftlichen Zusammenbruch Ägyptens abwenden können und es der politischen Führung somit ermöglichen, ihre Macht zu konsolidieren.

Natürlich ist die Zahlungsbereitschaft der drei Golfmonarchien nicht uneigennützig. Vor allem die Sorge vor der Muslimbrüder-Opposition in den eigenen Ländern hatte die Saudis und ihre beiden Golf-Partner zum Handeln bewegt. Zudem war Saudi-Arabien daran interessiert, die dem Königshaus nahestehenden ägyptischen Salafisten zu unterstützen. Diese vertreten im Vergleich zur Muslimbruderschaft in gesellschaftspolitischen Fragen eine deutlich fundamentalistischere Islaminterpretation. Tatsächlich unterstützte die größte salafistische Partei Ägyptens, die „Partei des Lichts“, den Militärputsch. Durch den Ausschluss der Bruderschaft kann sie nun zur stärksten islamistischen Kraft im neuen Parlament werden. Darüber hinaus waren die Netzwerke zwischen den Herrschaftseliten Ägyptens und der Golfmonarchien wichtig. Viele ägyptische Großunternehmer haben, wie das ägyptische Militärestablishment selbst, hervorragende Beziehungen in die Golfstaaten. Es ist anzunehmen, dass sie dort Stimmung gegen die Muslimbrüder gemacht haben, weil sie ihre Privilegien bedroht sahen.

Der Militärputsch in Ägypten macht die Grenzen des westlichen Einflusses auf die politischen Entwicklungen in der arabischen Welt deutlich. Regionale Akteursinteressen wiegen schwerer als westliche Transformations- oder Militärpartnerschaften. Während die politischen Entscheidungsträger in Europa und den USA offenbar erkannt haben, dass langfristige Stabilität in Ägypten nur über den politischen Dialog, nicht über einen Polizeistaat erreicht werden kann, sehen dies die drei Golfländer eben als Bedrohung. Sowohl die EU-Staaten als auch die USA sollten diese regionalen Dynamiken stärker als bisher in ihr eigenes Handeln einbeziehen. Zwar ist es richtig und wichtig, gegenüber der Militärführung in Kairo eine gemeinsame Sprache zu finden und polizeistaatliche Entwicklungen klar zu verurteilen. Mindestens ebenso wichtig ist es aber, endlich eine politische Strategie im Umgang mit den Golfmonarchien zu entwickeln. Aufgrund ihrer Rolle als Wirtschaftspartner und Energielieferanten wurde bislang geflissentlich übersehen, dass die regionalpolitischen Interessen der Golfmonarchien denen des Westens fundamental entgegenstehen. 🌐



Dr. Stephan Roll,  
geb. 1976,  
Stiftung Wissenschaft  
und Politik, Berlin.  
stephan.roll@  
swp-berlin.org